

## **Die Armut breitet sich in D aus, Hilfe für Wohnungslose und Entmietete**

(BZ-Bericht v.05.03.2012, Saarbrücker Zeitung vom 03.03.12)

Siehe auch Arbeitspapier Kompakt Nr. 6.113000.11.10.2011 „Wer hat als Rentner Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ?“

**Es zeichnet sich immer deutlicher ab, dass ein zunehmender Teil der Bevölkerung, speziell aus dem Kreis der Rentenbezieher, aber eben nicht nur aus dieser Altersgruppe, durch das Sinken der Kaufkraft ihrer Rente nicht mehr in der Lage sind, ein finanziell eigenständiges Leben zu bestreiten.**

**Nach Meldung der Saarbrücker Zeitung wurden lt. Destatis im Jahr 2010, wegen fehlender finanzieller Möglichkeit der Angehörigen und Hinterbliebenen, 22.651 Bestattungen von den Sozialämtern der Kommunen übernommen. Dieser Trend ist eindeutig ansteigend.**

Die Braunschweiger Zeitung berichtet ausführlich über die zunehmende Zahl der Fälle, bei denen die Betroffenen davon bedroht sind, ihre Wohnung zu verlieren, weil sie nicht mehr in der Lage sind, die laufenden Unterhaltskosten zu bestreiten. Die Versorger für Strom und Gas stellen dann die Versorgung ein, mit all den negativen Folgen für die Lebensumstände und die Psyche der Betroffenen.

Das Diakonische Werk Braunschweig stellt in seinen Anlaufstellen die zunehmende Zahl von Fällen fest, wo Bürgerinnen und Bürger die laufenden Kosten nicht mehr aufbringen können oder wo sie schon ihre Wohnung durch „Entmietung“ verloren haben und obdachlos geworden sind. In dem speziell als Anlaufstelle gedachten Tagestreff „Meilenstein“ helfen sie den Betroffenen mit Rat und Tat, auch bei der Sozialbehörde und dem Jobcenter.

Immer mehr Menschen kommen in die Beratungsstellen der **Wohnungsnotfallhilfe**, die gemeinsam von der Diakonischen Gesellschaft und von Beratern betrieben werden. 2009 waren es 1490 Männer und Frauen, 2011 waren es schon 1647 im Gebiet von Wolfsburg und Gifhorn im Norden bis nach Göttingen und Osterode im Süden.

**Aussage Diakonie: „die verdeckte Armut nimmt zu. Die Betroffenen haben meistens noch eine Wohnung, können aber zum Beispiel keinen Strom mehr bezahlen. Viele sind verschuldet und gehen nicht zum Arzt, weil ihr Geld nicht für die Praxisgebühr oder Medikamenten-Zuzahlungen reicht. Die Betroffenen fühlen sich als Versager.**

Doch auch die Betreuung Obdachloser, die komplett auf der Straße leben, ist ein Schwerpunkt der Wohnungsnotfallhilfe. Sie hält regelmäßig Kontakt zu ihnen. Es wird in Braunschweig als Erfolg angesehen, dass es in diesem Winter gelungen ist, Kältetote unter den Obdachlosen der Region zu vermeiden. In den 1990er Jahren sei das noch anders gewesen, führt man seitens der Wohnungsnotfallhilfe aus.

Es wird jedoch auch versucht, solchen Wohnungslosen wieder zu einer eigenen Wohnung zu verhelfen, wenn sie allein leben und haushalten können. Das ist ein schweres Geschäft. Gelingt das tatsächlich, dann bieten die Sozialarbeiter weiter Hilfe an, um die Menschen in der neuen Situation zu unterstützen ihr Leben wieder eigenständig zu organisieren und ein Scheitern zu vermeiden.

Es wird der Fall eines 60-jährigen Mannes geschildert, der seit 5 Jahren keine eigene Wohnung mehr hat. Er zieht seit dem durch die Unterkünfte für Wohnungslose in Niedersachsen und wohnt zur Zeit im Heim am Jödebrunnen in Braunschweig. Er traut sich die Unterhaltung eines eigenen Haushaltes nicht mehr zu, nachdem er eine schwierige Historie mit gescheiterter Ehe, geringem Einkommen und Alkoholproblemen durchlebt und überstanden hat. Er fürchtet die Einsamkeit in einer Wohnung. Sie bedeutet eine mögliche Gefährdung für ihn. Da bleibt er lieber im Heim, wo er auch Hilfe von den Sozialarbeitern

Seite 2

bekommt, wenn etwas ist und wo er im übrigen seine Ruhe hat oder Teilhabe, wenn er möchte.

Aus München und anderen Großstädten mit Innenstadtlagen „mit Potential“ wird berichtet, dass vorhanden Altbau-Mehrfamilienwohnhäuser systematisch „entmietet“ werden, um dann diese Häuser in Edel-Immobilien umzubauen und teuer zu verkaufen.

Die langjährigen Altmieten in diesen Häusern werden mehr oder weniger gewaltsam aus den Wohnungen vertrieben und viele sind finanziell nicht in der Lage, in neuere angebotene Wohnungen in der Gegend umzuziehen, weil die Rente dafür einfach nicht reicht.

In München sind schon ganze Stadtviertel so „modernisiert“ worden. Die Käufer waren dann Araber, Amerikaner und Russen. Der bezahlbare Wohnraum im Innenstadtbereich nimmt stetig weiter ab.

### Und unsere Regierung? Was wird gegen die Verarmung der Bevölkerung unternommen?

Die Agenda 2010 wird allseitig beschworen als der unverzichtbare Garant für Deutschlands Wohlstand. Dabei ist es gerade sie, mit den Rentenreformen und Sozialreformen, die ganz erheblich zu der sozialfeindlichen Entwicklung in Deutschland beigetragen hat.

#### Schnorrer und Schnäppchenjäger:

Da passt es doch hervorragend ins Bild, wenn sich Bundestagsabgeordnete zur gleichen Zeit, da mit der „Rente mit 67“ eine tatsächliche Rentenverringerung um 7,2% für über 75% aller gesetzlich versicherten Arbeitnehmerhäuser im Parlament verabschiedet wird, als zusätzliche Verschärfung der schon stattfindenden Rentenkürzungen wegen Riester, locker eine massive Diätenerhöhung genehmigen und gleichzeitig weiterhin verhindern, dass europäische Standards zur Abgrenzung, was Parlamentsabgeordnete dürfen und was nicht, auch in Deutschland ratifiziert werden.

Da passt es hervorragend ins Bild, dass der „Kurz-Bundespräsident“ Wulff wie selbstverständlich die volle Bundespräsidentenpension und alle Nebenleistungen für sich beansprucht, obwohl ein Verfahren mit zunächst noch offenem Ausgang gegen ihn läuft und obwohl er in zumindest einigen der an die Öffentlichkeit gespülten Fälle die Regelungen des niedersächsischen Ministergesetzes nicht beachtet hat.

Und – oh Wunder – Herr Wulff hat sich wiederholt zu solcher „Schnäppchen-Mentalität“ ablehnend und verurteilend geäußert und immer auf die moralische Dimension solchen Handelns hingewiesen. Als Ministerpräsident von Niedersachsen, so muss er geglaubt haben, braucht er darauf jedoch keine Rücksicht mehr zu nehmen.

Da passt es auch hervorragend ins Bild, dass Herr Alois Glück von der CDU auf der Seniorenmesse „Die66“ in München kürzlich sinngemäß auf entsprechende Fragen der ADG, ausführte: „Die Beamten genießen Bestandsschutz. Die Erhöhungen sind im Lebensabend eingeplant. **Eine Reduzierung der Pensionssteigerung würde zu einem Aufstand führen.** Die Beamten würden vor das Bundesverfassungsgericht gehen und dort Recht bekommen.“

Und sein Parteikollege, Herr Georg Fahrenschon, vertritt die gleiche Meinung. Zum Zweiklassensystem der Altersversorgung in Deutschland angesprochen, antwortete er wie folgt: „Es ist unbestreitbar, dass die Finanzierung der Beamtenpensionen in Deutschland in den kommenden Jahren zu erheblichen finanziellen Belastungen führen wird. Aus Gründen **des Vertrauensschutzes** wird es allerdings nicht möglich sein, die Zusagen, die seinerzeit getroffen wurden, zurückzunehmen. Versprochene Ansprüche müssen auch erfüllt werden.“